

Die SSR, der Sündenbock für die Frustrationen unserer Zeit

Ich habe den wesentlichen Teil meiner beruflichen Karriere dem Fernsehen gewidmet. Ich habe während mehr als 30 Jahren mit der SRG zusammengearbeitet. Ich kenne dieses Unternehmen gut, seine Mängel wie seine Qualitäten. Ich negiere dessen schwerfällige Administration nicht und finde es legitim, von der SRG eine gewissenhafte Dienstleistung zu fordern. Ich anerkenne, dass man ihr eine gewisse Arroganz und die Schwierigkeit, sich zu reformieren, vorwerfen kann. Ich weiss auch, dass ihre Haltung gegenüber privaten Medien zu erzürnen vermag. Aber keine dieser Kritiken rechtfertigt es, dass eine Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger durch die Annahme der „No Billag Initiative“ das Verschwinden der SRG gutheissen könnte. Nichts rechtfertigt ihre Degradierung zur reinen Verwalterin von Inhalten und den Verzicht auf ihre Mission.

Erschreckend ist die Emotionalität dieser Debatte, speziell in der Deutschschweiz und die Vielfalt der Vorwürfe an die SRG. Diese ist zum Sündenbock geworden für die Schwierigkeiten und Frustrationen unserer Zeit. Ich habe keinen Anhänger der Initiative gefunden, der sein Votum mit der Erhöhung der Krankenkassenprämie begründet hätte.

Die Motivation der Unterstützer ist vielfältig und deren Zusammensetzung heterogen. Die einen stimmen am 4. März aus Protest gegen das Programm Nein; zu viel Sport, zu wenig Sport, zu viel amerikanische Serien, zu wenig kulturelle Sendungen etc. Für andere ist die Gebühr ausschlaggebend. Sie weigern sich für eine Sendung zu zahlen, die sie scheinbar nicht schauen. Nicht zu reden von jenen, die von einer geschwächten SRG träumen und bei dieser Abstimmung die Möglichkeit sehen, unter dem Vorwand der persönlichen Freiheit und der freien Marktwirtschaft gegen den Service public zu kämpfen.

In einer individualisierten Gesellschaft und in einem derart bescheidenen Markt wie dem der Schweiz – und ganz speziell dem in der Romandie – kann nur ein Service public mit ausländischen Ketten konkurrieren und, mit lokalen Radio- und Fernsehsendern, die Wirklichkeit dieses Landes repräsentieren. Nur er ist fähig, der auswärtigen Bild- und Tonflut zu widerstehen.

Erschreckend ist es, dass dieselben, die ohne Unterbruch die Souveränität und die strikte Kontrolle der Grenzen predigen bereit sind, den schweizerischen Radio- und Fernsehmarkt an Google, Facebook, YouTube und andere zu verschenken. Glauben diese Kreise wirklich, dass sich diese Unternehmen für unsere politischen Debatten interessieren, für unsere kantonale Wahlen und unser kulturelles Leben? Die SRG zu schwächen bedeutet zu akzeptieren, dass unsere Information im Wesentlichen von ausländischen Medien stammt. Das heisst, den Anspruch an ein qualitativvolles Radio- und Fernsehprogramm zugunsten des Profits und von Unbedeutendem aufzugeben.

Man wird mir sagen, mein Blick sei parteiisch, nach so vielen Jahren vor der Kamera. Das mag sein. Aber diese Nähe erlaubt mir wahrzunehmen, um was es bei dieser Abstimmung wirklich geht. Es geht weit über die Gebühr und deren Ausgestaltung. Es ist die schweizerische Radio- und Fernsehpolitik, die im nächsten März auf dem Spiel steht.

Als Bürger beunruhigt mich diese Debatte und die mit ihr verbundenen Emotionen. Zu bekräftigen, man könne niemanden für eine Dienstleistung zahlen lassen die er nicht benutze, ist purer Egoismus. Werde ich entsprechend verlangen, dass mit meinen Steuereinnahmen keine Krippen und keine Schulen finanziert werden, die ich nicht benütze? Die öffentlich – rechtlichen Radio- und Fernsehprogramme stärken die nationale Solidarität. Die Gebühr dafür zu verweigern aufgrund des Prinzips „man bezahlt nur was man konsumiert“ bedeutet deren Integrationsfunktion zu widersprechen. Das heisst zu vergessen, dass die Romandie und das Tessin die ersten Opfer der Zerstörung der SRG wären.

In einem derart vielfältigen Land wie der Schweiz kommt der SRG eine zentrale Rolle zu, indem sie mit ihren lokalen Fernseh- und Radiokanälen die demokratische Diskussion und damit das Zusammenleben fördert.

Am Tag nach der schwachen Annahme der Masseneinwanderungsinitiative haben viele den schwachen Abstimmungskampf der SVP - Gegner bedauert. Wiederholen wir diesen Irrtum nicht. Mobilisieren wir, um die Wählerinnen und Wähler von der Notwendigkeit zu überzeugen, die „No Billag Initiative“ abzulehnen. Den Service public neu zu definieren, über die Gebühren sowie die Zusammenarbeit zwischen SRG und Privaten zu diskutieren ist eine Sache, aber die SRG zum Verschwinden zu verurteilen, das wäre unverantwortlich.

Claude Torracinta, journaliste (a. directeur de l'information TSR)